

Pressestimmen

KRISE IN DER UKRAINE

Tagesanzeiger

„Ohnmächtig“ Ohnmächtig schaut Europa zu, wie Russland die Ukraine Stück für Stück destabilisiert. Der starke Mann in Moskau hat die zögerliche Antwort der EU-Staaten auf die russische Agitation im Osten der Ukraine richtig als Schwäche interpretiert. Putin hat die Gesprächsbereitschaft des Westens genutzt, um Fakten zu schaffen. Welches sind Putins nächste Schritte, bedroht er am Ende gar die baltischen EU-Staaten mit ihren russischen Minderheiten?

■ Tagesanzeiger, Zürich

DIE WELT

„Krieg“ Sanktionen sind nicht Krieg. Aber Frieden sind sie auch nicht. Sie sind eine Art Krieg mit anderen Mitteln. Sie sollen Alternative zum bewaffneten Konflikt sein, Präzisionsinstrument aus dem Werkzeugkasten der Politik, und können doch fehlgehen und in Krieg enden.

■ Die Welt, Berlin

Kalenderblatt



Foto: Archiv

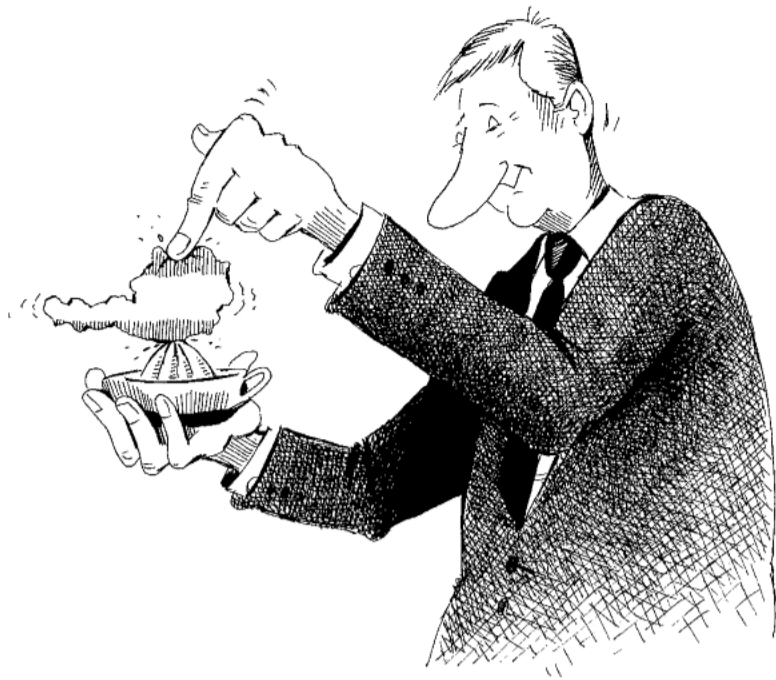
DAS GESCHAH AM ...

30. April

- **1789:** George Washington, der erste Präsident der USA, wird in New York in sein Amt eingeführt.
- **1974:** Die SPÖ nominiert den parteilosen Außenminister **Rudolf Kirchschläger** zu ihrem Kandidaten für die Nachfolge des verstorbenen Bundespräsidenten Franz Jonas.
- **2004:** In den USA wird Popstar Michael Jackson offiziell wegen Kindesmissbrauchs angeklagt.
- **Geburtstag:** Franz Lehár, österreichisch-ungarischer Operettenkomponist (1870-1948)

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 7, und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Die Quintessenz der Budgetrede

MAYERHOFER

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Gerhard Bayer

Geprägt von harten Einschnitten

Von Sigrid Brandstätter

In seinem Berufsleben hat Gerhard Bayer schon mehrere schmerzvolle Erfahrungen gemacht. Die jetzige trifft ihn als Vorsitzender des Angestellten-Betriebsrats in der Siemens VAI: Sein Unternehmen steht vor dem erneuten Eigentümerwechsel. Nach neun Jahren unter der Ägide der Deutschen soll die Mehrheit des traditionsreichen Anlagenbauers an Mitsubishi Heavy Industries verkauft werden. Die Tatsache pfeifen die Kenner sprichwörtlich schon von allen Dächern. Allein die Belegschaft erfährt offiziell kein Wort.

Die Wut seiner Kollegen hat der eigentlich harmoniebedürftige Linzer jetzt in einem Protestbrief artikuliert, den der Betriebsrat an die Statthalter der Münchner Chefs überreichte. Reaktion darauf: keine. „Wenn sie ein E-Mail an alle geschickt hätten, mit der Bitte um Geduld und einem konkreten Datum, wann wir was erfahren. Alles wäre gescheiter, als überhaupt nicht zu reagieren“, sagt der 57-Jährige.

Bayer ist seit 20 Jahren als Betriebsrat engagiert, Vorsitzender erst seit 2012. „Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie es jemandem geht, wenn der Job verloren geht.“ Er war betroffen als der frühere Voest-Stahlbau Ende der 80er-Jahre von 2000 auf 400 Mitarbeiter verkleinert wurde. Seine Erfahrung in der Planungen von Industriebauten konnte der dreifache Vater im Architekturbüro Suter + Suter nutzen. Allerdings endete dieser spannende Job mit dem Konkurs des Arbeitgebers. 1995 heuerte der gelernte Maschinenbauer und Betriebstechniker im Industrieanlagenbau an.

Schon Großvater und Eltern waren in früheren Voest-Betrieben tätig, sein Vater war in



Seit 2008 freigestellter Betriebsrat für 1600 Angestellte in der Siemens VAI. (sib)

der Stahlproduktion. Die vierte Generation wird die Tradition aus jetziger Sicht nicht fortsetzen. Die beiden älteren Kinder sind erwachsen, die 16-Jährige ist Schülerin.

In seiner Freizeit pflegt der Urfahrner gern seinen Garten – derzeit wartet er auf den Salat aus dem Hochbeet. Untypisch für einen VAIler ist er nie ein großer Reisender gewesen. Das könnte sich ändern, wenn er vielleicht die neuen Eigentümer in Japan besuchen wird.

Leitartikel

Von Lucian Mayringer



Ein Schuldenberg mit trüber Aussicht

Wir machen mit diesem Budget reinen Tisch: In dem Satz aus Michael Spindeleggers passabler Premiere als Budgetredner steckt der Anspruch, den diese Regierung an sich selbst und an uns Bürger im heurigen Jahr stellt.

Zum einen ist damit die Aufarbeitung des Kärntner Hypo-Desasters gemeint. Die Kosten für den Abbau von Jörg Haider's Spielbank wurden für heuer mit 17,8 Milliarden Euro auf den Schuldenberg gewuchtet – ein Worst-Case-Szenario, hinter dem die Hoffnung steckt, bis zum Wahljahr 2018 noch positiv überraschen zu können.

Heuer wird die Hypo für jeden zweiten Euro der Neuverschuldung von 3,6 Milliarden Euro verantwortlich sein. Sie verschlingt damit mehr Geld als der gesamte Justizapparat, der uns vor korrupten Bankern und durchgeknallten Politikern schützen soll.

Diese Regierung greift so tief in die Taschen ihrer Bürger wie keine davor.

Dennoch ist diese zu lange verschleppte, nun konsequente Sanierung der positiven Teil der Botenschaft des Finanzministers.

Doch bei allem Krisengeheul und den Bekennnissen zum „Schlanksparen“ greift diese Regierung so tief in die Taschen ihrer Bürger wie keine davor. Mehr als 70 Milliarden Euro holt sich der Fiskus vom Steuervolk. Rechnet man die Sozialbeiträge hinzu, wird es das Doppelte sein. Fast die Hälfte der rund 320 Milliarden Euro, die Herr und Frau Österreicher im Jahr erwirtschaften, landet in der großen staatlichen Umverteilungsmaschine.

Doch am Ende steht Spindeleggers „reiner Tisch“ für übersichtliche Leere. 3,6 Milliarden Euro an „Offensivmitteln“ (bis 2018!) wirken angesichts der davor genannten Zahlen schon bescheiden. Darin enthalten sind 830 Millionen Euro für die seit 15 Jahren nicht mehr valorisierte Familienbeihilfe. Oder mickrige 30 Millionen Euro für einen Handwerkerbonus, der als Impuls für den Wirtschaftsstandort erhalten muss. Gleichzeitig sind die Teuerungen für Auto, Tabak und Co. schon abgehakt. Überraschungseffekte kann es noch bei der Streichung von Förderungen und Steuerausnahmen geben.

Ernüchternd an diesem Mix aus wachsendem Steuerdruck und sinkender Gegenleistung ist, dass die Neuverschuldung in den nächsten Jahren trotz aller Definitionstricks weiter steigt. Das liegt an den ausbleibenden Reformen auf den altbekannten Problemfeldern – und nicht an der Kärntner Hypo als „dem einen Berg zu viel“, wie uns der Finanzminister weismachen will.

✉ l.mayringer@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Standortpolitik beginnt im Kopf

Standortpolitik beginnt mit einer geistigen Standortbestimmung: Wie wirtschaftsfreundlich will ich sein? Mit dieser Frage tut man sich hierzulande schwerer als andernorts. Schon die Wortwahl der Wirtschaftsfreundlichkeit löst bei manchem klassenkämpferische Atemnot aus.

Zweifelsohne haben die Erfahrungen der vergangenen Krisenjahre zu einem negativen Pauschalurteil über die Welt der Konzerne und Firmenbosse beigetragen. Unverändert gilt aber: Praktisch der gesamte Wohlstand dieses Landes ist durch die hiesigen Unternehmen in erbitterter Kon-

kurrenz mit Firmen aus anderen Ländern erkämpft worden. Die geradezu erschreckende Haltung vieler Bürger gegenüber dieser Quelle des Wohlstands ist aufgrund der Krisenjahre erklärbar, aber nichtsdestotrotz bedenklich: Unendlich kann man etwa über die – in Wahrheit irrelevanten, da wenige betreffenden – Lohnexzesse von Managern zürnen. Viel relevanter für jeden von uns wäre die Frage, warum Google seine Europazentrale nicht in (Ober-)Österreich ansiedelt. Oder welche Konsequenz es hätte, wenn die größte Bank des Bundes-



KOLUMNE

VON TEODORO COCCA

landes ins Ausland ziehen würde.

Standortpolitik ist wenig spektakulär und bringt meistens politisch wenig, da die Förderung der Wirtschaft erst langfristig ihre Wirkung zeigt. Standortpolitik ist aber eine der allerwichtigsten

Aufgaben der Politik, weil in einer Marktwirtschaft der Staat primär für die Festlegung der Rahmenbedingungen zuständig ist. Kaum eine andere politische Sphäre hat schlussendlich so viel Einfluss auf das Wohlergehen des Einzelnen und des Kollektivs: Wettbewerbsfähige Unternehmen ermöglichen

erst die Steuereinnahmen, die die meisterlich praktizierte Umverteilung in Österreich ermöglichen. Standortpolitik heißt aber auch, Geld für die Ansiedlung von Unternehmen in zukunftsträchtigen Branchen zu investieren, um in der Folge von den vielen positiven Folgeeffekten zu profitieren.

Freilich darf Standortpolitik nicht wie so oft in Österreich mit der Stützung ineffizienter und maroder Unternehmen verwechselt werden. Standortpolitik hat hingegen sehr viel damit zu tun, als Land oder Region attraktiv für ausländische Investitionen zu sein. In einer zunehmend globalisierten Welt ist nur eine Erhöhung

der Standort-Attraktivität Garant für eine nachhaltige Sicherung des Wohlstandes. Wollen das die (Ober-)Österreicher aber wirklich? Ist man bereit, alles zu tun, um im erbitterten Standortwettbewerb der Länder und Regionen eine führende Rolle zu spielen?

Es wäre schon viel getan, wenn Einsicht darüber bestehen würde, dass gerade für unsere Kinder lieber Millionen für die Ansiedlung der europäischen Zentrale von Google in Linz auszugeben wären als für Gratis-Zahnspannen.

Teodoro Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU